



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/17052, 18/17596

Die Konferenz zur Zukunft Europas für mutige Reformschritte nutzen

Der Landtag begrüßt ausdrücklich die vom Europäischen Ausschuss der Regionen am 29. Juni 2021 verabschiedete Erklärung „Die Rolle der Regionen in der Architektur der Europäischen Union im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas“, die die Gründung einer Allianz der Regionen für europäische Demokratie sowie eine Verbesserung und Stärkung der Regionen im institutionellen Gefüge der Europäischen Union vorsieht.

Die neue Allianz der Regionen für europäische Demokratie umfasst dabei alle Regionen. Ihr Ziel ist es, die Rolle der Regionen bei der Entscheidungsfindung innerhalb der Europäischen Union zu verbessern. Hierzu ist eine enge Zusammenarbeit mit den Organen auf regionaler und lokaler Ebene geplant. Der Landtag als Gesetzgebungsorgan wird sich hierbei intensiv in die Arbeit dieser neuen Allianz einbringen.

Gleichzeitig betont der Landtag die besondere Rolle der Regionen innerhalb der Europäischen Union, die sich im institutionellen Gefüge der Europäischen Union und bei Gesetzgebungsverfahren mit regionalem oder lokalem Bezug künftig widerspiegeln muss. Der Landtag wird den Diskussionsprozess im Rahmen der am 9. Mai 2021 gestarteten Konferenz zur Zukunft Europas ebenfalls nutzen, um diese besondere Rolle nochmals hervorzuheben und entsprechende Reformschritte zu adressieren.

Insbesondere der Europäische Ausschuss der Regionen als Bindeglied zwischen der Europäischen Union und den Bürgern vor Ort muss gestärkt werden.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident